

# „Das ist geistige Brandstiftung“

SPIEGEL-Interview mit Berlins Innensenator Erich Pätzold (SPD) über Bleiberecht für verurteilte Ausländer

**SPIEGEL:** Berlin soll ein „Mekka für ausländische Straftäter“ werden ...

**PÄTZOLD:** ... diesen Unfug behauptet wider besseres Wissen die CDU.

**SPIEGEL:** Der Vorwurf gilt einer Regelung des rot-grünen Senats, nach der das Gros der rechtskräftig abgelehnten Asylbewerber künftig ein Bleiberecht erhält – ausdrücklich auch Straftäter, die zu einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr ohne Bewährung verurteilt worden sind.

**PÄTZOLD:** Sachte. Ehemalige Asylbewerber, die mehr als fünf Jahre rechtmäßig in Berlin leben, und Ausländer, die im Heimatland Verfolgung zu erwarten haben, erhalten eine gesicherte Rechtsstellung. Das sind Menschen, die praktisch ohnehin nicht abgeschoben werden. Weshalb sonst haben Asylbewerber denn schon unter dem früheren konservativen Senat mehr als fünf Jahre in Berlin gelebt?

**SPIEGEL:** Die Aufregung, auch über die Stadt hinaus, gilt der Gruppe der Verurteilten. Die „Süddeutsche Zeitung“ wirft Ihnen vor, Sie hätten den „schmalen Grat, der zu Akzeptanz und Integration führt“, mit Ihrer Weisung verlassen.

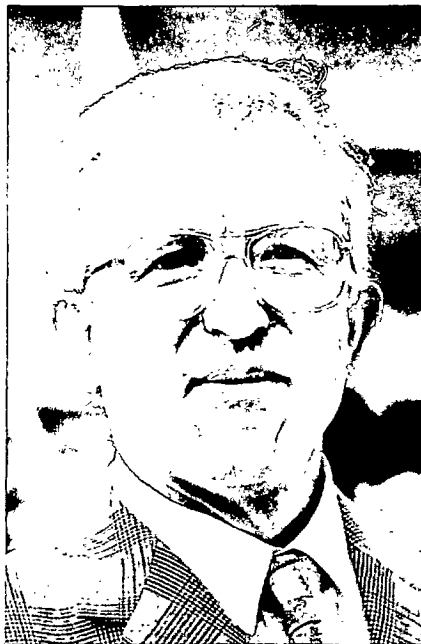
**PÄTZOLD:** Sind unter diesen Betroffenen ehemalige Straftäter, so erhalten die nach unserer Regelung nur dann eine zeitlich befristete Duldung auf Bewährung, wenn die Justizvollzugsanstalt in einer Gesamtprognose bescheinigt, daß von ihnen künftig keine Gefährdung der Gesellschaft mehr zu erwarten ist. Anderenfalls und bei einem etwaigen Rückfall werden sie abgeschoben.

**SPIEGEL:** Bonns Innenminister Schäuble nennt Ihre Weisung eine „plakative Werbung für Asylbewerber, nach Berlin zu kommen“, und will eine Stellungnahme des Senats.

**PÄTZOLD:** Der exakte Wortlaut unserer Weisung wird ihn überzeugen. Im übrigen hat gerade Herr Schäuble in der jüngsten, von ihm veranlaßten Sondersitzung der Innenministerkonferenz zum Asylverfahren plakativ geäußert, keiner käme auf die Idee, Asylbewerber abzuschieben, die länger als fünf Jahre hier leben.

**SPIEGEL:** Die CDU fordert eine Sondersitzung des Abgeordnetenhauses und Ihren Rücktritt, und auch liberale Stimmen bescheinigen Ihnen, Sie gingen zu weit und zeigten falsche Nachsicht gegenüber ausländischen „Gewaltkriminellen“, „Drogenschleppern“ und „Sexualtättern“.

**PÄTZOLD:** Das ist geistige Brandstiftung. Solchen liberalen Stimmen ist wohl entgangen, daß nach den Bestim-



West-Berliner Innensenator Pätzold  
„Bewußt mißverstanden“

mungen des Ausländerrechts und der höchststrichterlichen Rechtsprechung die Abschiebung auch von Kriminellen in einen Verfolgerstaat nur die Ultima ratio sein kann.

**SPIEGEL:** Wie viele Inhaftierte kommen denn in den Genuß der neuen Regelung?

**PÄTZOLD:** Der Kreis ist verhältnismäßig klein, und, wie gesagt, auch beim

früheren Senat wären nur wenige von ihnen abgeschoben worden.

**SPIEGEL:** Sie werfen Ihren Kritikern eine „Kampagne mit der Angst“ vor. Aber wie wollen Sie den Eltern drogengefährdeter Jugendlicher klarmachen, daß kein Grund zur Sorge besteht?

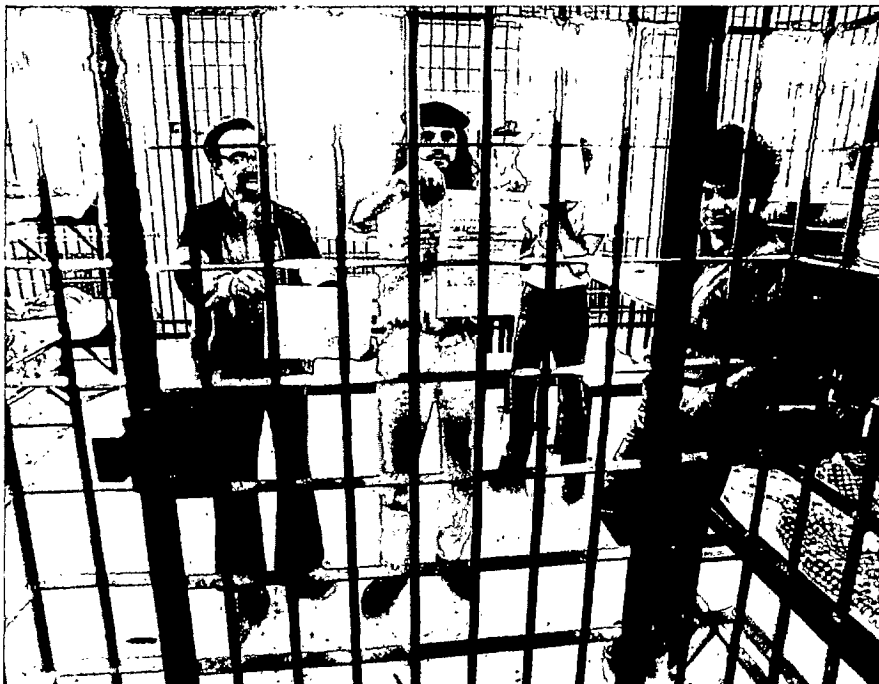
**PÄTZOLD:** Es ist ganz klar, daß wir durch mehr persönliche und rechtliche Sicherheit für die ohnehin nicht abzuschiebenden Ausländer auch zu weniger, aus Not bedingter Kriminalität kommen.

**SPIEGEL:** Die öffentliche Reaktion zeigt, daß der rot-grüne Senat bei großen Teilen der Bevölkerung aufs neue in Mißkredit geraten ist.

**PÄTZOLD:** Das sähen sicher einige gerne so. Ich möchte mal folgendes sagen: Dem Senat und Berlin überhaupt steht nach allem Leid, das im deutschen Namen vor 1945 über die Welt gebracht worden ist, und nach aller Hilfe, die den Deutschen danach zuteil geworden ist, Menschlichkeit anderen gegenüber gut an. Daran werden der Senat und Berlin auch gemessen.

**SPIEGEL:** Müssen Sie nicht damit rechnen, daß die Diskussion über die Neuregelung noch mehr Wasser auf die Mühlen der Republikaner und ihrer Anhänger leitet?

**PÄTZOLD:** Das kann leider im Augenblick so sein. Aber auf Dauer zahlt es sich mehr aus, vorbildlich und human anstatt dem „gesunden Volksempfinden“ entsprechend zu handeln.



West-Berliner Abschiebehaft: „Unchristliche Panikmache“

**SPIEGEL:** Einige Ihrer Parteifreunde sagen, Sie hätten vordergründige Konzeptionen an den alternativen Koalitionspartner gemacht, und fordern von Ihnen eine Nachbesserung Ihrer Verfügung.

**PÄTZOLD:** Erst einmal: Die neue Weisung stellt nicht mehr und nicht weniger dar als die administrative Umsetzung der Koalitionsvereinbarungen. In der Sache will auch bei uns niemand etwas ändern. Die gegenwärtig diskutierte Weisung ist nur eine partielle Überleitregelung zu einem in Kürze folgenden, gänzlich neuen Ausländererlaß. Dabei kann einzelnes, was jetzt bewußt mißverstanden wird, so formuliert werden, daß solche Mißverständnisse ausgeschlossen sind.

**SPIEGEL:** In welchen Punkten wollen Sie denn etwas richtigstellen?

**PÄTZOLD:** Seien Sie ganz sicher: Inhaltlich und grundsätzlich wird überhaupt nichts geändert.

**SPIEGEL:** Christdemokraten und Republikaner werfen Ihnen vor, Sie wollten Berlin nun „für fast alle Regionen der Welt zum Einwanderungsland“ machen.

**PÄTZOLD:** Berlin will und verträgt nicht, daß noch mehr Menschen hierherkommen. Aber die, die schon länger hier sind, sollen menschenwürdig leben können.

**SPIEGEL:** Wahrscheinlich werden durch Ihre Regelung die sozialen Spannungen in der Stadt noch zusätzlich verschärft. Die Opposition befürchtet einen „Verdrängungswettbewerb“ zu Lasten sozial schwacher Berliner.

**PÄTZOLD:** Nochmals, die Menschen, um die es geht, waren ja auch bisher faktisch hier, und zwar aufgrund der „Altfallregelung“ des früheren Senats, der ihnen zwar das Hierbleiben ermöglichte, aber in absolut unsicherer Stellung. Sie konnten nur „herumlungern“, mit all den daraus folgenden Gefährdungen für die Sicherheit der Stadt. Jede andere Darstellung ist unchristliche Panikmache.

**SPIEGEL:** In Berlin lebende Aus- und Übersiedler beklagen es als ungerecht, daß kriminell gewordene Asylbewerber bleiben dürfen, sie selbst aber schon jetzt wegen Überfüllung der Stadt nach Westdeutschland ausweichen müssen.

**PÄTZOLD:** Im Ergebnis werden nicht mehr ehemalige Straftäter in Berlin bleiben als bisher. Und die anderen Ausländer, um die es jetzt geht, haben eh hier gelebt und hätten weiterhin hier ihr Dasein fristen können. Bei den Aus- und Übersiedlern dagegen, die neu herkommen wollen, kann es nicht so bleiben, daß Berlin, das nur ein Dreißigstel der Bevölkerung der Bundesrepublik stellt, ein Zehntel dieser Menschen aufnehmen muß, also praktisch das dreifache Übermaß.

## ADAC

### Der Auto-Darf-Alles-Club

Weil der ADAC gegen Tempo 100 opponiert, rufen prominente Kritiker zum Austritt auf. Nutznießer sind alternative Verkehrsclubs.

Im trauten Gespräch vereint, entdeckten der Graphiker Klaus Staeck, 51, und der Schriftsteller Günter Graß, 61, einen gemeinsamen Makel in ihrer Biographie – die Mitgliedschaft im ADAC.

Längst ist den beiden Vereinsmännern ihr Club suspekt, der mit mehr als neun Millionen Mitgliedern sowie einem Geflecht aus Dienstleistungen, Versicherungen und Zubehörhandel zu einem



**ADAC-Ausstelger Graß**  
„Gemeingefährliche Raserei“

einflußreichen Mischkonzern mit verkehrspolitischen Richtlinien-Anspruch herangewachsen ist.

Graß und Staeck beschlossen letzten Monat, aus dem ADAC auszutreten und ihre Entscheidung an die große Glocke zu hängen.

Mit einer Annonce unter dem Titel „ADAC Ade“, die von 20 meist linksliberalen Bundesbürgern unterschrieben war, werfen sie dem Club vor, er fördere „umweltfeindliches Verhalten“, „gemeingefährliche Raserei“ und „Mißbrauch des Wortes Freiheit“. Volvo-Fahrer Staeck: „Mir können Menschen nur leid tun, die ihre Freiheit über Stundenkilometer definieren.“

Anlaß für die Offensive gegen den gelben Riesen war der rabiate Stil, in dem der ADAC neuerdings den verkehrspolitischen Projekten des rot-grünen Senats von Berlin zusetzt.

Vor allem ADAC-Aktionen gegen Tempo 100 auf der Stadtautobahn kamen bei vielen SPD- und AL-Sympathisanten als „Hetztiraden“ (Verkehrsenator Horst Wagner) an. Die alternative

„Tageszeitung“ zog wortgewaltig gegen die „Rallyestreifen-Fraktion“ im ADAC zu Felde und wünschte die „Beton- und Bleifußbrücke“ aus München dorthin, „wo Blech und Blinker ruhen – auf den Autofriedhof“. Selbst der betuliche „Tagesspiegel“ machte Front gegen die „Automacke“ der „radikalen verkehrspolitischen Minderheit“ in Gelb.

Die Aktion von Staeck und Graß fand rasch Widerhall. Allein in Berlin traten 2000 Bürger aus dem Club aus, zur Freude der Alternativen Liste, die dem 1000. ADAC-Flüchtling das Buch „Eisenbahn und Autowahn“ verehrte und „bei jedem vollen Tausender ein weiteres Präsent“ versprach.

Der ADAC reagiert nach außen hin gelassen auf die Austrittswelle: „Das ist kein Prozentsatz, das ist ein Promillesatz“, beschwichtigt Berlins Gauvorsitzender Wolf Wegener; allein im Juni wuchs die Mitgliederzahl, bundesweit, um 46 000. Gleichwohl kommen „der Berliner Avusknull“ (so ein hessischer Club-Sprecher) sowie die öffentliche Schelte durch linke Prominenz den Vereinsoberen höchst ungelegen.

Seit einiger Zeit bemüht sich die Verbandsspitze, dem gestiegenen Ökobilanzbewußtsein vieler Mitglieder Rechnung zu tragen. So hat der Club sich von den wilden Vollgas-Kampagnen früherer Zeiten („Freie Fahrt für freie Bürger“)



**ADAC-Ausstelger Staeck**  
„Mißbrauch des Wortes Freiheit“

vorsichtig distanziert. Mittlerweile verfiel der ADAC sogar den Katalysator und willigt in einst verschrieene Modelle zur Verkehrsberuhigung ein.

In Hamburg zieht der örtliche Club regelmäßig mit dem öffentlichen Verkehrsverbund „an einem Strang“, wie städtische Verkehrsplaner rühmen, in Hessen halten die kampferprobten Lobbyisten des ADAC sich nach eigenem Bekunden neuerdings „verkehrspolitisch ziemlich bedeckt“.

Daher hat der Berliner ADAC-Ableger mit seiner Kampagne gegen die